

Feld, Lars P. et al.

Research Report

30 Jahre Wiedervereinigung: Mehr Mut zur Vielfalt

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 153

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Feld, Lars P. et al. (2020) : 30 Jahre Wiedervereinigung: Mehr Mut zur Vielfalt, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 153, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225017>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

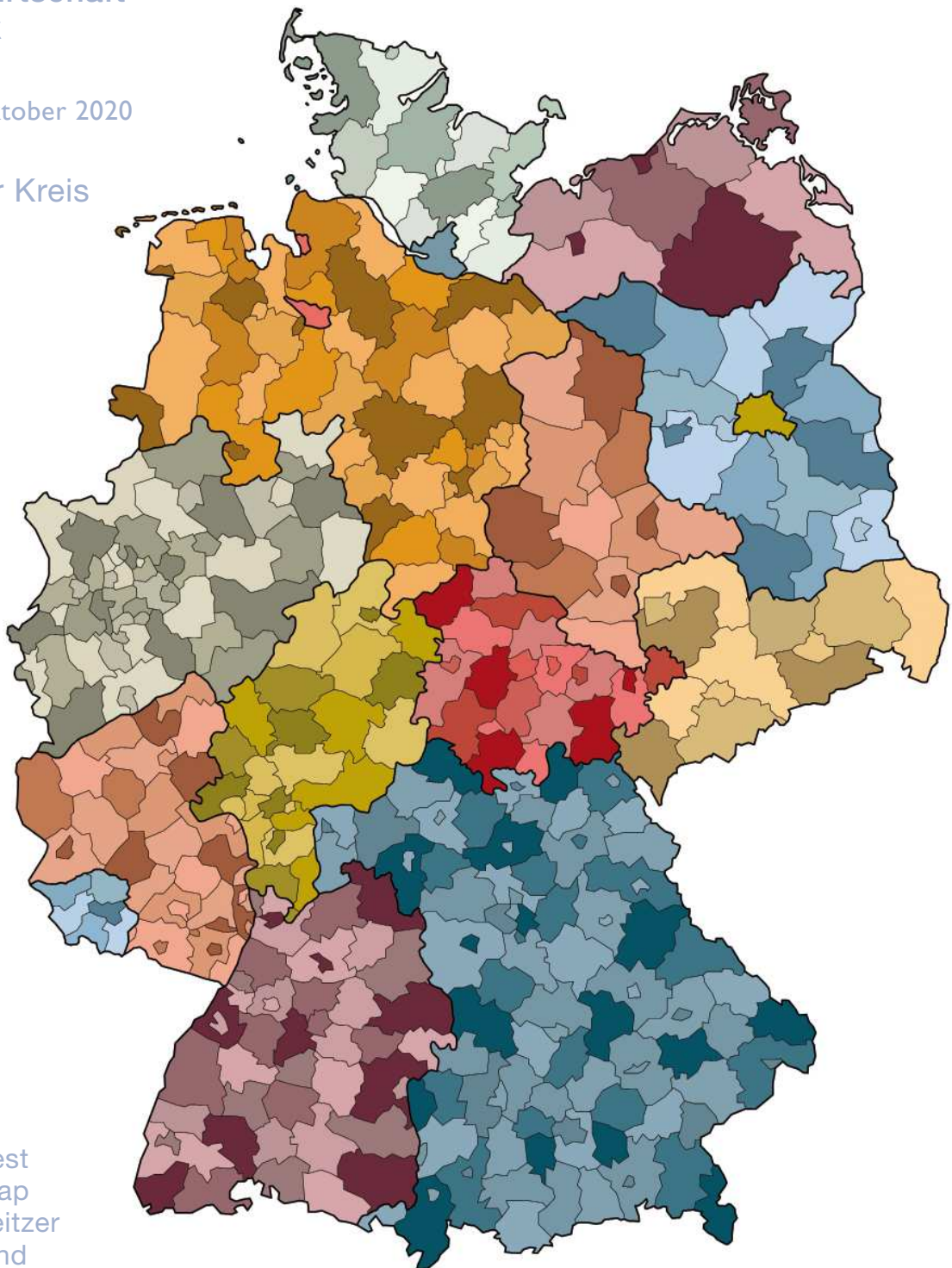
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

30 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG: MEHR MUT ZUR VIELFALT

Argumente
zu Marktwirtschaft
und Politik

Nr. 153 | Oktober 2020

Kronberger Kreis



Lars P. Feld
Clemens Fuest
Justus Haucap
Heike Schweitzer
Volker Wieland
Berthold U. Wigger

30 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG: MEHR MUT ZUR VIELFALT

Kronberger Kreis

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 153

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 03

- 1 30 Jahre Wiedervereinigung, 30 Jahre Diskussion über Angleichung 04
- 2 Viel wurde für eine Angleichung getan, aber Unterschiede bleiben bestehen 05
- 3 Unterschiede zwischen Ost und West älter als die deutsche Teilung 07
- 4 Lebenszufriedenheit im Osten so hoch wie im Westen 09
- 5 Föderalismus stärken 10

Literaturverzeichnis 11

Executive Summary 12

„Mehr Mut zum Markt“ lautet die Devise des Kronberger Kreises, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Der 1982 gegründete Kronberger Kreis entwickelt ordnungspolitische Reformkonzepte, mit dem Ziel, die freiheitliche Ordnung in Deutschland und Europa weiterzuentwickeln. Den Staat sieht er als Regelssetzer und Schiedsrichter, nicht als Mitspieler und „Übervater“. Mit seinen Konzepten prägt der Kronberger Kreis seitdem die wirtschaftspolitische Diskussion mit.

Die Mitglieder des Kronberger Kreises:

Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

© 2020

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0
Telefax: +49 (0)30 206057-57
info@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612 – 7072

Titelbild: © picoStudio – stock.adobe.com



Die Publikation ist auch über den QR-Code
kostenlos abrufbar.

Vorwort

Die Deutsche Einheit wird zu Recht als „Glücksfall der Geschichte“ beschrieben. Sie wurde von einer mutigen und friedlichen Protestbewegung im Osten, von einer unbeirrt auf Wiedervereinigung abzielenden Politik im Westen, vom Vertrauen bei westlichen Bündnispartnern und der Brüchigkeit des Eisernen Vorhangs bzw. dem Zustand des real existierenden Sozialismus begünstigt. Die unbändige Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit war stärker als die SED-Diktatur.

Zu einem Glücksfall wurde die Deutsche Einheit auch, da im Staatsvertrag von 1990 die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung verankert wurde. Seither hat die auf freien Wettbewerb, Eigenverantwortung und Subsidiarität fußende Soziale Marktwirtschaft Millionen von Menschen zu mehr Wohlstand, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Teilhabe verholfen – gerade auch in Ostdeutschland.

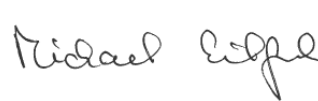
Selbstverständlich existieren 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ökonomische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Aller Voraussicht nach wird dies auch in weiteren 30 Jahren und darüber hinaus noch der Fall sein. Das in Deutschland derzeit ausgeprägte Streben, regionale ökonomische Unterschiede einebnen zu wollen, führt vor allem angesichts seiner Überbetonung zu Fehlanreizen und Stillstand. In einem föderal strukturierten System sollten Unterschiede nicht als Makel verstanden werden, die zentralplanerisch bekämpft werden müssen, sondern als Chance, sich aus eigener Kraft und im Wettbewerb stehend zu verbessern.

Die seit Jahrzehnten bevorzugte Politik, gewaltige Geldbeträge zwischen Regionen umzuverteilen, trägt zu einer nachhaltigen ökonomischen Angleichung nicht bei. Indem bundesweit einheitliche Einkommensteuersätze zu zahlen sind, beraubt man den aufzuholenden Regionen zudem ihren größten potenziellen Wettbewerbsvorteil: niedrige Kosten.

Wirtschaftlich schwachen Regionen wäre vielmehr geholfen, wenn ihnen mehr Steuerautonomie gewährt würde, anstatt sie zu Dauerempfängern von Transferzahlungen zu degradieren. Länder und Kommunen vermögen kaum selbstbestimmt Einnahmen zu generieren. Dabei gehört zu der in Deutschland festgeschriebenen föderalen Ordnung, einschließlich der verfassungsrechtlich verankerten Autonomie der Kommunen, auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung als Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Entwicklungschancen von Ländern und Kommunen.

Vielfalt und Wettbewerb zwischen den Regionen und Kommunen zuzulassen und ihnen zu ermöglichen, ihre jeweiligen Vorteile auszuspielen – das wäre eine sinnvolle Alternative zum heutigen gleichmacherischen System. Dadurch würde ein produktiver Wettbewerb um das beste Preis-Leistungs-Verhältnis öffentlicher Leistungen entbrennen. Deutschland sollte nach 30 Jahren der Einheit den eigenen Regionen und Menschen wieder mehr Freiheit und Selbstbestimmung zutrauen und ihnen bei der wirtschaftlichen Entwicklung nicht unnötig im Wege stehen.

Wir danken dem Kronberger Kreis für das stete Werben für mehr Wettbewerb, Eigenverantwortung und Subsidiarität – und der informedia-Stiftung für die Förderung dieser Publikation.



Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft

1 30 Jahre Wiedervereinigung, 30 Jahre Diskussion über Angleichung

Vor 30 Jahren wurde Deutschland wiedervereinigt. Seither diskutiert das Land darüber, wie lange es noch dauern wird, bis sich der Osten dem Westen angeglichen haben wird. Tatsächlich war die Wiedervereinigung von Anfang an nicht allein von Freude über das Ende der deutschen Teilung, den Untergang einer menschenverachtenden Diktatur und die Beseitigung schwer zu überwindender Mauern und Grenzzäune geprägt. Je nach Standpunkt und Erwartung kam zu dieser Freude stets ein sorgen- oder hoffnungsvoller Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens im Vergleich zum Westen hinzu. Und so scheinen sich gerade Jubiläumsjahre wie das gegenwärtige dazu zu eignen, die wirtschaftlichen Erfolge und Misserfolge im Osten seit der Wiedervereinigung nicht nur zu bilanzieren, sondern die Entwicklung auch am Westen als einem vermeintlich selbstverständlichen Maßstab zu messen.

Genauso wie zu den beiden Jubiläen vor zehn und vor zwanzig Jahren gehen die meisten wirtschaftspolitischen Beiträge zur Wiedervereinigung in diesem Jahr explizit oder implizit von der Zielvorstellung aus, der Osten solle so werden wie der Westen. Selbst Beiträge, die eine Angleichung des Ostens an den Westen für kaum realisierbar halten, rütteln nicht an der Vorstellung, dass eine solche Angleichung eigentlich wünschenswert wäre. Dass sich der Osten in vielen Merkmalen noch immer vom Westen unterscheidet, wird deshalb von vielen Kommentatoren als Beleg dafür genommen, dass die Wiedervereinigung selbst nach 30 Jahren noch unvollkommen sei. Normativ unterlegt wird das Ziel einer mehr oder weniger vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen in der Regel mit Verweis auf das Grundgesetz, in dem an einer Stelle von Gleichwertigkeit (Art. 72 Abs. 2 GG)

und an einer anderen von Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet die Rede ist (Art. 106 Abs. 3 Nr. 3 GG). So heißt es im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit (2019, S. 11): „30 Jahre nach der Friedlichen Revolution bleibt es das politische Ziel der Bundesregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land anzustreben, bestehende Disparitäten zu verringern und deren Verfestigung zu verhindern.“

Die Begriffe Gleichwertigkeit und Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sind freilich in ihren konkreten Bedeutungsinhalten unbestimmt. Weder gibt es naheliegende Maßstäbe, anhand derer das Ausmaß an Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit gemessen werden kann, noch existieren spezifische oder gar unstrittige Politiken, mit denen sie sich durchsetzen ließen. In der Staatsrechtsliteratur wird aus dem Gleichwertigkeitsgedanken gelegentlich eine staatliche Verpflichtung zur Herstellung regionaler Chancengerechtigkeit abgeleitet.¹ Zugleich wird darauf verwiesen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse nicht gleichbedeutend sind mit einheitlichen Lebensverhältnissen.²

Dennoch wird in der öffentlichen Diskussion oft unterstellt, Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse erforderten in ökonomischer Hinsicht eine weitgehende Angleichung zentraler makroökonomischer und fiskalischer Variablen wie dem Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen oder der Finanzkraft pro Kopf zwischen Ost- und Westdeutschland. Und je nach wirtschaftspolitischer Grundhaltung werden dann Transfers, Strukturhilfen, Subventionen, Steuervorteile oder industriepolitische Fördermaßnahmen empfohlen, um der ostdeutschen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen.

1 Siehe Schuppli (2020).

2 Siehe Uhle (2020).

2 Viel wurde für eine Angleichung getan, aber Unterschiede bleiben bestehen

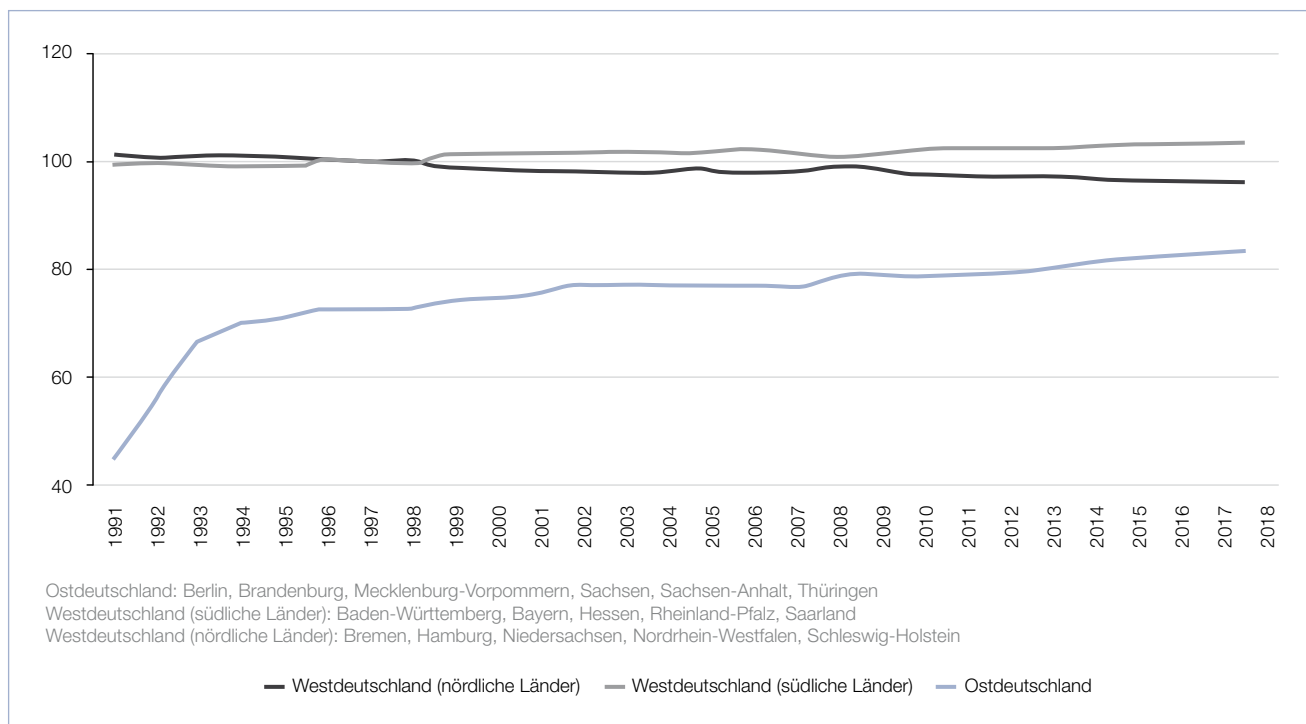
Seit der Wiedervereinigung sind für den sogenannten Aufbau Ost im Sinne eines Angleichs West nach Schätzungen mehr als zwei Billionen Euro aufgewendet worden.³ So wurde in den vergangenen 30 Jahren die öffentliche Infrastruktur in Ostdeutschland umfassend erneuert und erheblich erweitert. In vielen Bereichen ist sie heute besser als in Teilen Westdeutschlands. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung heruntergekommene Städte wurden umfassend saniert, katastrophale Umweltschäden in ostdeutschen Industrierevieren beseitigt. Das ostdeutsche Bildungssystem wurde neu organisiert. Die schulische Bildung in Ostdeutschland gilt vielen heute als vorbildlich. In Schulleistungsvergleichen schneiden ostdeutsche Schüler oft weit besser ab als Schüler in den meisten westdeutschen Ländern.⁴ Insgesamt dürften deshalb die Voraussetzungen für regionale Chancengerechtigkeit gegeben sein.

In anderen wichtigen wirtschaftlichen Größen liegt Ostdeutschland aber noch immer hinter Westdeutschland. Wie Abbildung 1 zeigt, ist zwar die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung deutlich gestiegen. Sie ist aber noch immer rund 20 Prozent geringer als in Westdeutschland, wobei sich an dem Unterschied in den vergangenen beiden Jahrzehnten nur noch wenig verändert hat. Hand in Hand mit der geringeren Arbeitsproduktivität gehen geringere Bruttoerwerbseinkommen in Ostdeutschland. Deshalb werden nach wie vor aus der Wissenschaft wie aus der Politik Forderungen erhoben, weiterhin viel Geld in die Hand zu nehmen, um die Angleichung des Ostens an den Westen voranzutreiben.

Der Kronberger Kreis sieht in dem Ziel einer vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen eine Überdehnung der im Grundgesetz geforderten Gleichwertigkeit oder

Abbildung 1:
Arbeitsproduktivität in Ost- und Westdeutschland
(Bruttoinlandsproduktion in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Inland) – Westdeutschland = 100)

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019).



3 Bereits im Jahr 2014 hat der Berliner Historiker Klaus Schröder die Kosten der deutschen Einheit mit 2 Billionen Euro beziffert (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.2014). Naturgemäß sind solche Zahlen strittig, denn welche Ausgaben den Kosten der deutschen Einheit zugerechnet werden sollen, lässt sich nicht eindeutig bestimmen.
 4 Siehe Bruckmeier et al. (2014).

Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Weder für die Gesetzgeber in Bund und Ländern noch für deren Regierungen sollte sich damit der wirtschaftspolitische Auftrag verbinden, möglichst alle ökonomischen Unterschiede innerhalb Deutschlands einzuebnen. Nicht zuletzt sind ökonomische Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen und Landesteilen auf bestimmte Voraussetzungen, wie etwa natürliche Ressourcen oder Agglomerationseffekte, zurückzuführen. Solche ökonomischen Unterschiede gehen Hand in Hand oder ergeben sich sogar aus anderen regionalen Unterschieden. Das Grundgesetz konstituiert den deutschen Staat ausdrücklich als Föderalstaat, für den unterschiedliche wirtschaftspolitische Antworten geradezu wesensimmanent sind. Wer sich zu einem föderalen System bekennt, sollte Unterschiede bejahen. Sie stellen keine Disparitäten dar – ein Begriff, der in Ost-West-Vergleichen selten fehlt –, die per se zu beseitigen wären.

Das gilt umso mehr, als Unterschiede in der Produktivität oder den Bruttoeinkommen nicht notwendigerweise ein Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland bedeuten müssen. Aussagekräftiger sind Kaufkraftvergleiche, die auf Einkommen nach Steuern und Transfers abstellen und zudem regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Kaufkraftvergleiche spiegeln Unterschiede in den Konsummöglichkeiten wider und liefern deshalb einen viel besseren Hinweis darauf, wie gut oder schlecht es den Menschen in Ost- und Westdeutschland geht.

Bei den verfügbaren Einkommen ist vor allem in jüngerer Zeit ein Aufholprozess Ostdeutschlands zu beobachten. Die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland lagen im Jahr 1994 um 23 Prozent über denjenigen im Osten, im Jahr 2006 immer noch bei 22 Prozent. Die Differenz sank dann aber bis 2016 auf 16 Prozent. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Lebenshaltungskosten im Osten im Durchschnitt niedriger sind als im Westen.⁵

Trotz dieses Aufholprozesses bleiben Kaufkraftunterschiede bestehen, aber das sollte nicht als spezifischer Ausdruck der Ost-West-Problematik betrachtet werden. Man findet vergleichbare Unterschiede wie zwischen Ost- und Westdeutschland auch zwischen Schleswig-Holstein und Bayern oder zwischen Orten im Bayerischen Wald und München.⁶ Aus guten Gründen werden solche Unterschiede aber nicht als Problem wahrgenommen, sondern als Teil einer gewachsenen regionalen Vielfalt. Niemand erhebt ernsthaft die Forderung, Schleswig-Holstein solle sich in allen Facetten Bayern angleichen oder die Gemeinden im Bayerischen Wald sollen so werden wie München.

Wenn es dagegen um Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland geht, stehen solche Forderungen kontinuierlich auf der Tagesordnung. Dass man dabei regelmäßig Äpfel mit Birnen vergleicht, scheint nicht weiter zu stören. Mehr noch: Mit Bedauern wird festgestellt, dass Äpfel anders sind als Birnen, und gelegentlich wird die absurde Forderung erhoben, Äpfel sollen doch bitte so werden wie Birnen.

5 Vgl. Fuest und Immel (2019), S. 22.

6 Zu regionalen Kaufkraftvergleichen siehe im Detail Schröder (2019).

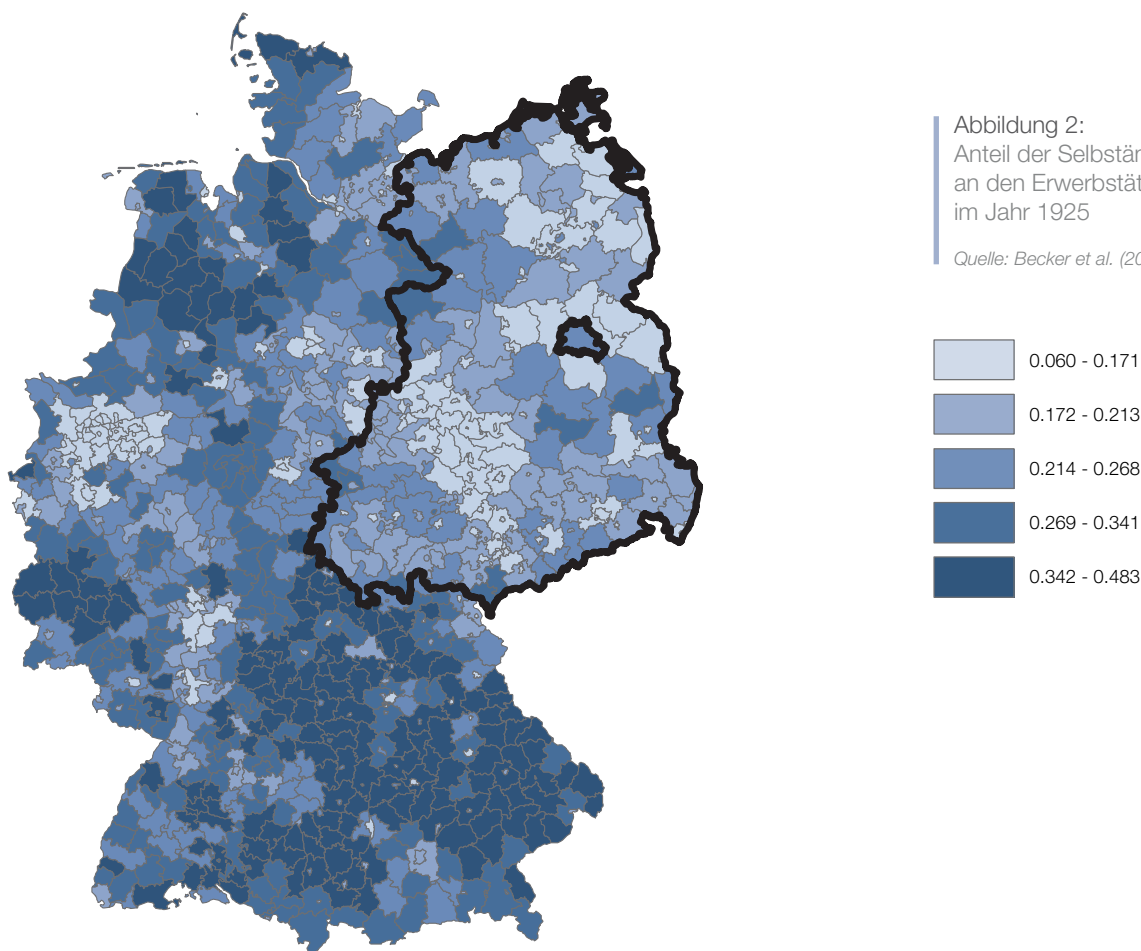
3 Unterschiede zwischen Ost und West älter als die deutsche Teilung

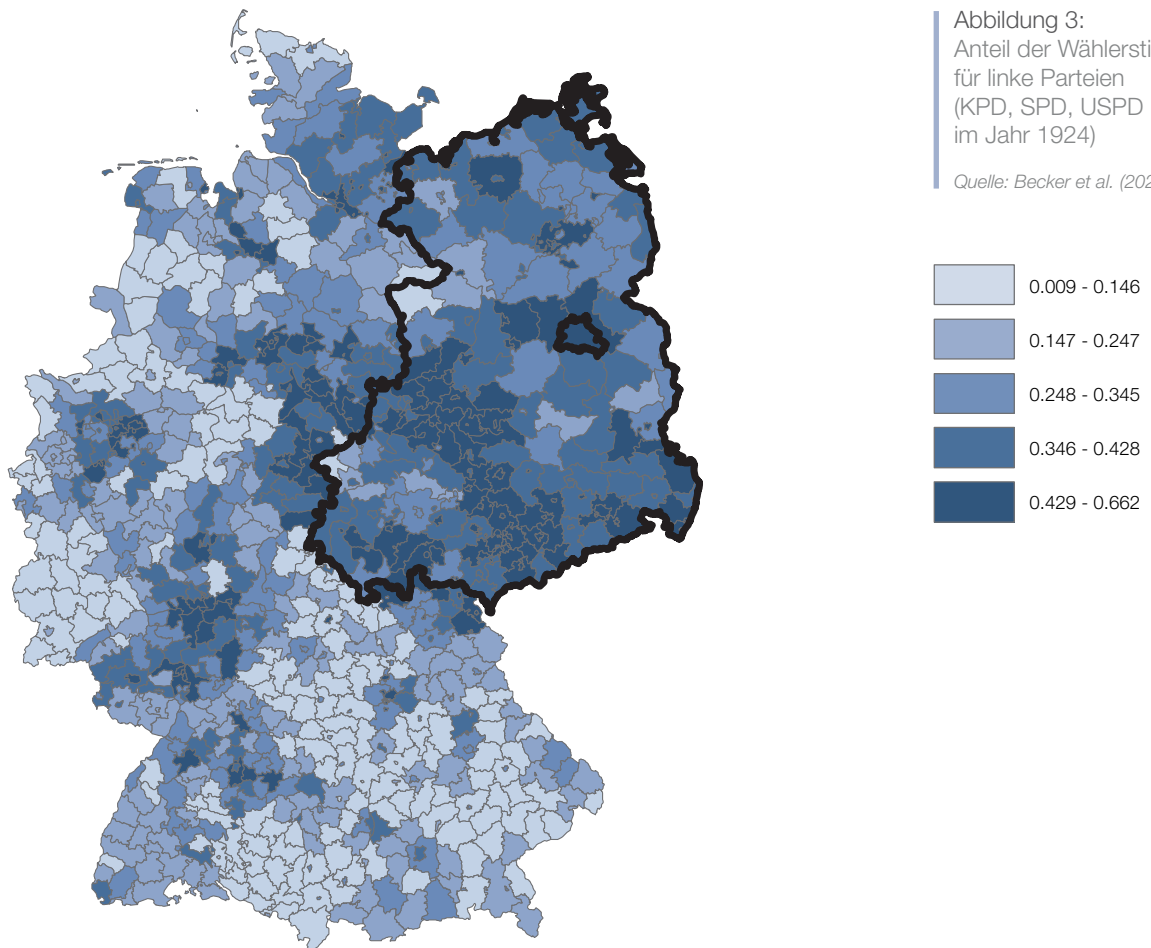
Dabei offenbart die Forderung nach einer mehr oder weniger vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen nicht nur ein grundlegendes Unverständnis des Föderalismus. Auch aus historischer Perspektive lässt sie sich nur schwer motivieren. Denn hinter der Forderung nach einer vollständigen Angleichung scheint die Vorstellung zu stehen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland samt und sonders auf die deutsche Teilung zurückzuführen seien. Nicht nur die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse werden dann ins Feld geführt, sogar historische Fairness scheint eine Beseitigung der beobachtbaren Unterschiede zu verlangen.

Nach dieser Auffassung waren die Gebiete des heutigen Ost- und Westdeutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg einander sehr ähnliche Regionen, denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Marktwirtschaft im Westen und der Kommunismus im Osten unterschiedliche Entwicklungen beschert haben, die nach Einführung der Marktwirtschaft in allen Landesteilen wieder ausgeglichen werden müssen. Wenn Marktkräfte allein

nicht zu einer Angleichung führen, dann muss mit Steuergeld, gegebenenfalls mit viel Steuergeld, nachgeholfen werden.

Diese Vorstellung ignoriert freilich die Tatsache, dass das Deutsche Reich ein Föderalstaat war mit großen kulturellen, sozialen und – trotz gleichem Wirtschaftssystem – ökonomischen Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen. Insbesondere unterschieden sich die Gebiete des heutigen West- und Ostdeutschlands schon vor der Teilung in vielen Größen voneinander, in denen sich heute noch Unterschiede feststellen lassen. So hatte der Osten einen größeren protestantischen Bevölkerungsanteil, die Menschen im Osten gingen seltener zur Kirche und die Erwerbsbeteiligung von Frauen war höher. Zudem gehörten die Menschen im Gebiet des heutigen Ostdeutschland eher der Arbeiterklasse an und sie waren häufiger im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Für die noch heute beobachtbaren Unterschiede vielleicht besonders wichtig: Die Menschen waren seltener selbständig und stimmten eher für kommunistische und linke politische Parteien, wie die nachfolgenden beiden Abbildungen zeigen.





In einer Größe, an der heute die sogenannten Disparitäten zwischen Ost und West besonders häufig festgemacht werden, der Arbeitsproduktivität, unterschieden sich die beiden Landesteile ebenfalls schon in einem ähnlichen Umfang voneinander wie heute. Der Umsatz je Erwerbstätigem betrug im Jahr 1936 im Gebiet des heutigen Ostdeutschlands nur 84 Prozent des Umsatzes je Erwerbstätigem im heutigen Westdeutschland.⁷ Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West haben sich also nicht erst nach Einführung zweier

unterschiedlicher Wirtschaftssysteme entwickelt. Eher haben sich bereits zuvor bestehende Produktivitätsunterschiede nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal deutlich vergrößert. Im Jahr 1991 lag die Produktivität der ostdeutschen Beschäftigten bei etwas mehr als 40 Prozent der westdeutschen Beschäftigten. Seither wurde die Lücke wieder geschlossen. Aber eben nicht vollständig. Heute liegt sie wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der deutschen Teilung.

⁷ Siehe Becker et al. (2020), S. 9.

4 Lebenszufriedenheit im Osten so hoch wie im Westen

In anderen Bereichen dagegen waren die beiden Landesteile einander vor dem Zweiten Weltkrieg sehr viel ähnlicher als zur Zeit der Wiedervereinigung oder sogar gleich. So unterschieden sie sich beispielsweise in der Höhe der Lebenserwartung praktisch gar nicht. Nach der deutschen Teilung, genauer seit den 1970er Jahren, hat sich die Lebenserwartung dann jedoch in Westdeutschland erheblich schneller erhöht als in Ostdeutschland. Im Jahr 1970 lag die Lebenserwartung von Neugeborenen in Westdeutschland bei 70,6 Jahren und war in Ostdeutschland mit 71 Jahren sogar etwas höher. Im Jahr der Wiedervereinigung lag die Lebenserwartung in Westdeutschland bei 76 Jahren, in Ostdeutschland dagegen bei nur 72,9 Jahren. Seither hat sich die Lücke bei der Lebenserwartung aber wieder weitgehend geschlossen. Im Jahr 2017 betrug die Lebenserwartung 80,5 Jahre in Ostdeutschland und 81,1 Jahre in Westdeutschland. Die Lebenserwartung von Frauen ist mit 83,3 Jahren inzwischen in Ost- und Westdeutschland identisch und die von Männern unterscheidet sich mit 77,7 und 78,8 Jahren nur noch um wenig mehr als ein Jahr. Dabei war der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung besonders markant.⁵

Für die Lebenswirklichkeit der Menschen in Ostdeutschland dürfte die Entwicklung von Konsummöglichkeiten und Lebenserwartung einen größeren Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben als die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Deshalb ist es als ein großer Erfolg zu werten, dass der

Osten in diesen Größen zum Westen aufgeholt hat. Tatsächlich legen Umfragen nahe, dass sich die Lebenszufriedenheit im Osten inzwischen der Lebenszufriedenheit im Westen stark angeglichen hat, wie Abbildung 4 zeigt.

Nach Altersgruppen geschichtet zeigt sich, dass es bei Personen bis 35 Jahren keinen Unterschied mehr in der Lebenszufriedenheit zwischen Ost und West gibt. Nur Personen, die älter als 65 Jahre sind, scheinen in Ostdeutschland deutlich unzufriedener zu sein als in Westdeutschland.⁹ Dass die Lebenszufriedenheit trotz aller gemessenen Unterschiede in vielen anderen Bereichen für viele Menschen im Osten inzwischen so hoch ist wie im Westen, verdeutlicht, dass eine vollständige Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland, beispielsweise hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, kein sinnvolles Politikziel sein kann. Wenn sich zeigt, dass die Menschen hier wie dort gleichermaßen zufrieden sind, lässt sich eine Politik, die mit viel Steuergeld eine weitere Angleichung auf die Agenda setzt, schwer motivieren.

Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, jedweden ökonomischen Unterschied zwischen verschiedenen Regionen glattzubügeln, im Föderalstaat schon gar nicht. Aufgabe der Politik sollte es sein, in allen Teilen Deutschlands, im Osten wie im Westen, Voraussetzungen für eine grundständige staatliche Daseinsfürsorge zu schaffen, sodass alle Regionen, wengleich nicht für jeden, so doch für die Bürger vor Ort gleichermaßen lebenswert erscheinen. Daran gemessen macht die 30 Jahre alte deutsche Einheit keine schlechte Figur.

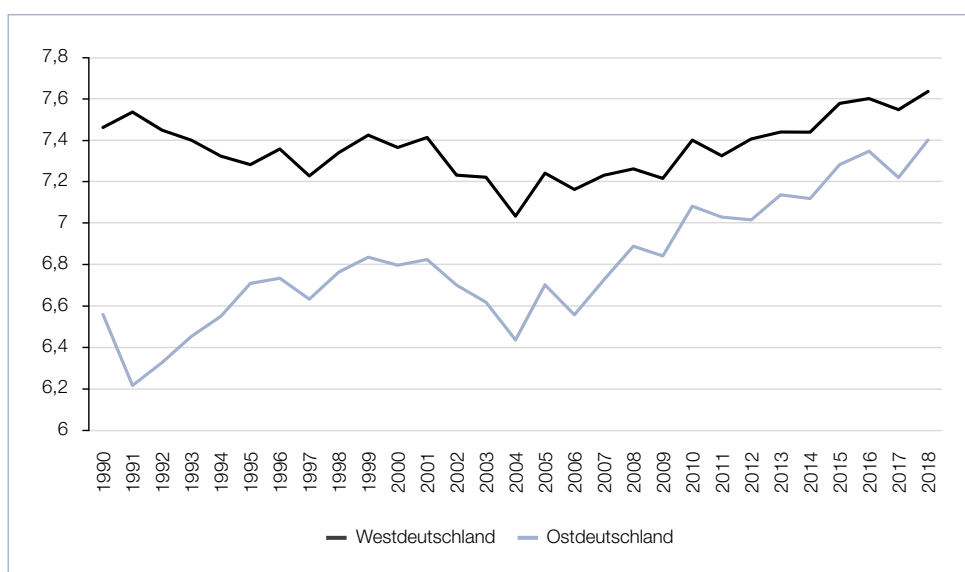


Abbildung 4:
Lebenszufriedenheit in
Ost- und Westdeutschland

Durchschnittliche allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland auf einer Skala von 0 bis 10 („0“ = ganz und gar unzufrieden und „10“ = ganz und gar zufrieden).

Quelle: Priem et al. (2020).

8 Siehe The Human Mortality Database (2020).

9 Siehe Stobbe (2020).

5 Föderalismus stärken

30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung wird es Zeit, die unfruchtbare Diskussion um eine Angleichung des Ostens an den Westen zu beenden und sich stattdessen auf die Prinzipien des Föderalismus zu besinnen. Dazu gehört, Unterschiede zwischen Regionen innerhalb eines Bundesstaates nicht als Missstand zu begreifen, sondern vielmehr als eine Chance. Zum einen bietet regionale Vielfalt Menschen mit unterschiedlichen Präferenzen mehr Möglichkeiten, dort zu leben, wo das Angebot an öffentlichen Gütern und die kulturellen Eigenheiten der Region den eigenen Wünschen am besten entsprechen.

Zum anderen begünstigen solche Unterschiede regionalen Wettbewerb. Statt Unterschiede einzuebnen, sollte der regionale Wettbewerb gefördert werden. Damit der Wettbewerb seine wohlfördernde Wirkung entfalten kann, sollten die Länder im Osten und im Westen Deutschlands nicht weiter nach zentralen Maßstäben vereinheitlicht werden. Vielmehr sollte ihnen mehr regulatorische Kompetenz gegeben werden, damit sie ihre spezifischen regionalen Standortvorteile stärker zur Geltung bringen können. Die verbreitete Vorstellung, mehr Autonomie in der Wirtschafts- und Steuerpolitik würde die wirtschaftsschwachen Bundesländer benachteiligen, ist dabei unzutreffend.¹⁰

Wenn es nach der Wiedervereinigung ein Entwicklungshemmnis für Ostdeutschland gegeben hat, dann bestand es

darin, dass Ostdeutschland regulatorischen Strukturen unterworfen wurde, die sich in Westdeutschland in 40 Jahren Marktwirtschaft entwickelt hatten. Die Regeln eines modernen, in die internationale Arbeitsteilung integrierten Industriestaates wurden praktisch eins zu eins auf eine marode Transformationswirtschaft übertragen, die damit in vielen Bereichen überfordert war.¹¹ Der Wunsch, der Osten möge schleunigst so werden wie der Westen, hat Ostdeutschland eher geschadet als geholfen. Vielmehr gilt, dass Ostdeutschland etwas Besseres verdient hat als ein schlechter Westen zu sein.

Die ost- und westdeutschen Länder sind Teile eines Föderalstaates mit gemeinsamer und jeweils eigener Geschichte und Entwicklung. Daraus haben sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede ergeben, die weit in die Geschichte zurückreichen. Selbst in der gegenwärtigen Corona-Krise zeigen sich Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen, die viel älter sind als die deutsche Teilung. Dem früheren Reichskanzler Bismarck wird das Bonmot zugeschrieben, wenn die Welt untergehe, ziehe er nach Mecklenburg, denn dort geschehe alles erst 50 Jahre später. Die Welt wird wegen Corona nicht untergehen. In Corona-Zeiten ist man aber in Mecklenburg trotzdem ganz gut aufgehoben. Kaum anderswo in Deutschland ist man vor einer Corona-Infektion so gut geschützt wie dort.

¹⁰ Am Beispiel des Steuerwettbewerbs wird dies in Fuest (2008) gezeigt.

¹¹ Siehe dazu auch Ragnitz (2019).

Literaturverzeichnis

- Becker, S.O., Mergele, L. und Woessmann, L.** (2020), The Separation and Reunification of Germany: Rethinking a Natural Experiment Interpretation of the Enduring Effects of Communism, *Journal of Economic Perspectives*, 34(2), 143-171.
- Bruckmeier, K., Fischer, G.-B. und Wigger, B.U.** (2014), Schulleistungsvergleiche zwischen den Ländern, *Wirtschaftsdienst*, 94(6), 439-443.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie** (2019), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin.
- Fuest, C.** (2008), Steuerwettbewerb unter den Bundesländern – wären die finanzschwachen Länder die Verlierer?, in: K. Konrad und B. Jochimsen (Hrsg.): *Föderalismuskommission II: Neuordnung von Autonomie und Verantwortung*, Peter Lang-Verlag, Frankfurt a.M., 119-133.
- Fuest, C. und Immel, L.** (2019), Ein zunehmend gespaltenes Land? Regionale Einkommensunterschiede und die Entwicklung des Gefälles zwischen Stadt und Land sowie West- und Ostdeutschland, *ifo Schnelldienst* 16/2019, 19-28.
- The Human Mortality Database** (2020), www.mortality.org.
- Priem, M., Kaiser, F. und Schupp, J.** (2020), Zufriedener denn je – Lebensverhältnisse in Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 64, 7-15.
- Ragnitz, J.** (2019), Thirty Years after the Berlin Wall Came Down: Economic Transition Completed, but Structural Deficit Remains, *ifo DICE Report*, 17, 22-27.
- Schröder, C.** (2019), Regionale Einkommens- und Kaufkraftarmut, Auszug aus *Teilhabemonitor 2019*, Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Schuppli, M.** (2020), Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Verfassungsrechtlicher Hintergrund, allgemeine Rechtsgrundlagen, *Zeitschrift für Umweltrecht*, 2/2020, 67-70.
- Stobbe, M.** (2020), Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47331/lebenszufriedenheit.
- Uhle, A.** (2020), Das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet in: Maunz/Dürig, *Grundgesetz-Kommentar*, 90. Ergänzungslieferung 2020, Art. 72 GG Rn. 130-140.

Executive Summary

Seit der deutschen Wiedervereinigung vor 30 Jahren sind für den sogenannten Aufbau Ost nach Schätzungen mehr als zwei Billionen Euro aufgewendet worden. Dennoch unterscheidet sich der Osten Deutschlands in vielen Merkmalen noch immer vom Westen. Regionale ökonomische Unterschiede als Beleg für eine unvollkommene Deutsche Einheit zu werten, wäre jedoch verfehlt.

Die Forderung nach einer nahezu vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen offenbart nicht nur ein grundlegendes Unverständnis des Föderalismus. Auch aus historischer Perspektive lässt sie sich nur schwer motivieren. Die Gebiete des heutigen West- und Ostdeutschlands unterschieden sich schon vor der deutschen Teilung in vielen Größen voneinander. So betrug im Jahr 1936 der Umsatz je Erwerbstätigen im heutigen Osten nur 84 Prozent des heutigen Westens. Im Jahr 2019 liegen die Produktivitätsunterschiede erneut auf diesem Niveau, während im Jahr 1991 der Osten nur etwas mehr als 40 Prozent der Produktivität des Westens erreichte.

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, sieht in dem Ziel einer nahezu vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen eine Überdehnung der im Grundgesetz geforderten Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Es kann nicht Auftrag der Politik sein, jedweden ökonomischen Unterschied zwischen Regionen glattzubügeln. Vielmehr sollte es Aufgabe der Politik sein, in allen Teilen Deutschlands Voraussetzungen für eine grundständige staatliche Daseinsfürsorge zu schaffen, sodass die Regionen für die Bürger vor Ort gleichermaßen lebenswert erscheinen sowie Chancen- und Leistungsgerechtigkeit ermöglichen.

Der Kronberger Kreis fordert, die unfruchtbare Diskussion um eine Angleichung des Ostens an den Westen zu beenden und sich stattdessen auf die Prinzipien des Föderalismus zu besinnen. Regionale ökonomische Unterschiede sollten nicht als Problem wahrgenommen werden, sondern als Teil einer gewachsenen regionalen Vielfalt. Statt Unterschiede einzuebennen, sollte der regionale Wettbewerb gefördert werden. Damit sie ihre spezifischen regionalen Standortvorteile stärker zur Geltung bringen können, sollten die Regionen mehr regulatorische Kompetenzen erhalten.

Der Wunsch, der Osten möge schleunigst so werden wie der Westen, sollte aus guten Gründen nicht weiterverfolgt werden. Vielmehr gilt, dass Ostdeutschland etwas Besseres verdient hat, als ein schlechter Westen zu sein.

Der Kronberger Kreis stellt sich vor:



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Sprecher des Kronberger Kreises, Direktor des Walter Eucken Instituts Freiburg, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts, Direktor des Center for Economic Studies (CES), Geschäftsführer der CESifo GmbH München, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.



Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Wettbewerb des Vereins für Socialpolitik, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission.



Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M. (Yale)

Professorin für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht und Ökonomik, Humboldt-Universität zu Berlin, Vorsitzende der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0.



Prof. Volker Wieland Ph.D.

Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), House of Finance, Frankfurt, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Professor für Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.